GÖTTINGER BLÄTTER

Juli/August 2024

Die Linke im Kreistag ★ VVN ★ FG Cuba ★ DKP ★ Grobian ★ GöLinke

Hiroshima warnt

Die Anti-Atom-Initiative Göttingen widmet sich mit einer Ausstellung den Opfern des Nuklearangriffs vor 79 Jahren und den Folgen des Einsatzes von Atomwaffen. Die Eröffnung am 6. August um 15.00 Uhr im Foyer des neuen Rathauses statt, eine Kundgebung folgt um 15.30 vor dem Rathaus.

Gastkommentar von Mohan Ramaswamy für das Friedensforum Göttingen

Vor fast 80 Jahren, am 6. August 1945 wurde die Hafenstadt Hiroshima in Japan von einer amerikanischen Atombombe völlig zerstört. Am 8. August traf eine zweite Atombombe die Stadt Nagasaki und zerstörte sie ebenfalls.
100.000 Zivilisten starben sofort und bis zum Ende des Jahres 1945 weitere 130.000 Menschen. Unter Ihnen auch viele Zwangsarbeiter aus Korea und China. Japan kapitulierte und der 2. Weltkrieg endete.

Ein offizielles Schuldeingeständnis für dieses Kriegsverbrechen hat es von US-amerikanischer Seite nie gegeben. Diese Machtdemonstration war ein Test unter realen Bedingungen - denn die Bomben waren unterschiedlicher Bauart.

Damals gab es keinerlei Erkenntnisse über die Strahlenkrankheit. Ein großes amerikanisches Forscherteam aus Wissenschaftlern und Ärzten nach Japan - nicht, um die entsetzlichen Qualen der Betroffenen zu lindern, sondern, um Forschung zu betreiben. Es war verboten, Aufzeichnungen unzensiert an die Öffentlichkeit zu geben und die Sieger verordneten Schweigen über die Folgen für die Überlebenden.
Der Einsatz der US-Atombombe weckte die Begehrlichkeit weiterer Staaten, diese Waffe zu besitzen. Es war nur eine Frage der Zeit, wann die Großmächte ein riesiges Arsenal solcher Bomben vorrätig hätten. Heute sind es weltweit ca. 12.000.
Der Atomwaffensperrvertrag sollte den Besitz von atomaren Waffen für die Großmächte sichern und deren Weitergabe an andere Staaten verhindern.
Gleichzeitig wurde die "zivile" Nutzung der Atomenergie zur "Energiegewinnung für die Zukunft" vorangetrieben. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass alle Länder, die Atomwaffen besitzen auch besonders viele Atomkraftwerke betreiben, denn nur damit ist es möglich, das für die Bombe nötige Plutonium herzustellen.
Der Aufbau einer "friedlichen" Nutzung der Kernenergie sollte den militärischen Nutzen verstecken.
Die Katastrophen in Tschernobyl und Fukushima haben gezeigt, dass auch die "friedliche Nutzung" der Atomenergie große, unkalkulierbare Gefahren birgt. Kernenergie ist weder klimafreundlich noch umweltschonend und aufs Ganze gerechnet die teuerste Energie überhaupt, denn der radioaktive Müll belastet die Erde für viele Millionen Jahre.
Mit großer Sorge schauen wir heute auf den Krieg in der Ukraine. Denn die größte Atomenergieanlage Europas - Saporischschja - ist mitten im umkämpften Gebiet.

....Fortsetzung auf Seite 2

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/1532-2/

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: Druckerei Wittchen
Telefon: 05503 3008

Inhalt

Zwangsarbeiterausstellung	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. im Kreistag	6
Göttinger Linke	7
Göttinger Linke Ratsinfo	8

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 09.2024
ist der 22. August
Auslieferung 29. August

Veranstaltungsankündigungen:

10. Juli, 19 Uhr: Friedensforum Göttingen
Thema: Friedensvorschläge aus der Schweiz und aus Moskau
Saal der Selbsthilfe Körperbehinderter (Neustadt 7)

6. August, 15 Uhr:
Aktionstag zum Hiroshima-Tag
Neues Rathaus

7. August (voraussichtlich): Komunalpol. Arbeitskreis
Thema: bei Redaktionsschluss nicht endgültig festgelegt)

31. August: Kundgebung zum Antikriegstag
85 Jahre nach dem Überfall auf Polen
(Konkrete Planung bei Redaktionsschluss noch nicht erfolgt)

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

https://niedersachsen.vvn-bda.de • https://antifa.vvn-bda.de

Heute gemeinsam Handeln!

1933 hätte durch solidarischen Widerstand verhindert werden können. Ein Aufruf von Nachkommen des Widerstandes

Wir – die diese Botschaft unterschrieben haben – sind Töchter, Söhne, Enkel*innen von Menschen, die vor und in der Nazizeit Widerstand leisteten.

Unsere Eltern und Großeltern traten meist schon vor 1933 dafür ein, Faschismus und Krieg zu verhindern. Sie kamen überwiegend aus dem Arbeiterwiderstand – Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Kommunisten – und gehörten zu den ersten, deren Organisationen zerschlagen und deren Mitglieder in Konzentrationslager verschleppt, ins Exil getrieben oder ermordet wurden, unter ihnen auch jüdische Verfolgte.

Zu ihren bittersten Erkenntnissen gehörte, dass die Faschisten 1933 nicht an die Macht kamen, weil sie stärker waren als ihre Gegner, sondern weil ihre Gegner sich nicht rechtzeitig zusammenfanden. Heute sollte jeder wissen, was „Faschismus an der Macht“ bedeutet! Heute gibt es keine Entschuldigung mehr, wenn wir den faschistischen Kräften nicht gemeinsam entschlossen entgegentreten.

Viele der überlebenden Antifaschisten traten für ein demokratisches Deutschland, gegen ein Wiederaufleben des faschistischen Ungeistes ein. Sie stellten sich gemeinsam mit jüngeren Antifaschisten gegen gewalttätige Nazis und den rassistischen Mob, der Anfang der 1990er Jahre Überfälle auf Ausländerunterkünfte und „Fremde“ organisierte. Sie kämpften getreu dem Schwur der überlebenden Häftlinge des KZ-Buchenwalds:

„… Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Und sie leisteten Unglaubliches als Zeitzeug*innen, indem sie jungen Menschen aus eigenem Erleben von ihren Erfahrungen aus dem antifaschistischen Kampf und von den Folgen faschistischer Herrschaft, nicht nur in unserem Land, berichteten.

Wir, die Nachkommen, halten es für unsere historische Pflicht, in dieser Zeit des wachsenden Rechtsextremismus zu warnen!

In ihrem Sinne sagen wir deutlich:

Wir brauchen das breite politische, zivilgesellschaftliche Bündnis aller Menschen, die sich für eine demokratische, friedliche, sozial gerechte Gesellschaft einsetzen, ohne Ausgrenzung und Kriminalisierung von Migranten oder Flüchtlingen. Damals die NSDAP, heute die AFD. Beide profitier(t)en von der Unzufriedenheit der Menschen in deren sozialen Lagen. Nur bei Absicherung der Lebensgrundlage aller können die extremen rechten Gruppen und Parteien zurückgedrängt werden.

Wir begrüßen die zahllosen Kundgebungen und Aktionen gegen rechts und rufen dazu auf, dieses Engagement fortzusetzen. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass der Raum für die extreme Rechte auf der Straße, im Betrieb und insgesamt in der Gesellschaft enger wird. Stoppen wir den Vormarsch der AfD und anderer rechter Parteien bei der EU-Wahl und bei den kommenden Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen.

Diese Chance dürfen wir nicht verpassen!

Nähere Infos:
https://kinder-des-widerstandes.de/
Nachfragen oder weitere Unterschriften an:
info@kinder-des-widerstandes.de.

Termine:

Dienstag, 16. Juli 24, 16:30 Uhr Antifaschistischer Stammtisch Treffpunkt ist das „Cafe INTI“, Wilhelmsplatz, Göttingen.

Antifaschist*innen aus dem Raum Göttingen und Umgebung besprechen bei den Treffen geplante und potenzielle Vorhaben und alles, was noch politisch in Göttingen ansteht.

Fortsetzung Seite 1:

Deutschland ist nun bereit, weitere Waffen und Munition zu liefern und beteiligt sich so an der Verschärfung des Konflikts. Mit der jüngst getroffenen Entscheidung, dass vom Westen gelieferte Waffen für Ziele auf russischem Territorium eingesetzt werde dürfen, ist eine neue Stufe der Eskalation erreicht.

Noch nie war die Gefahr so groß wie heute, dass entweder der Beschuss eines Kernkraftwerkes eine nukleare Katastrophe herbeiführt oder durch den Beschuss von Atom-Frühwarnstationen auf russischem Territorium der atomare Ernstfall ausgelöst wird. Einen atomaren Schlagabtausch in Europa mag man sich nicht vorstellen. Sollte die russische Armeeführung durch die Ausschaltung ihrer Frühwarnsysteme einen Atomangriff der NATO befürchten, wären die in Europa stationierten Atomwaffen das naheliegende Ziel für einen Präventivschlag. Im Ort Büchel in Deutschland lagern einsatzbereite Atomsprengköpfe der USA und in Lingen gibt es eine Wiederaufbereitungsanlage für Brennelemente. Friedensaktivisten mahnen dort regelmäßig und rufen auch dieses Jahr zu Aktionen auf.

Deshalb ist die Forderung nach Abschaffung aller Atomanlagen - auch der vordergründig zivilen - heute eine besondere Aufgabe der Friedensbewegung:

Keine Atomwaffen - Keine zivile Nutzung der Atomenergie
Verhandeln statt Schießen -Hiroshima warnt uns alle!

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba
Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de • www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung:

9. Juli und 13. August, 19.00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Jüdenstraße

VNB unser Kooperations- u. Bildungsparter:
Verein Niedersächsischer BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

USA geben keine klare Erklärung für den Verbleib der entführten kubanischen Ärzte

Das Ausbleiben einer Antwort auf die Frage, was mit den Ärzten geschah, die auf afrikanischem Boden Leben retteten, und der Mangel an Transparenz bei den bereitgestellten Informationen erhöhen die Verantwortung für die begangenen Taten.

Autor: Raúl Antonio Capote
internet@granma.cu

In dem kürzlich veröffentlichten vierteljährlichen Bericht zur Bewertung ziviler Opfer räumt das US-Militärkommando Afrika (AFRICOM) ein, dass die US-Streitkräfte am 15. April 2019 einen Bombenangriff in der Nähe der Stadt Jilib in Somalia durchgeführt haben. In dem Dokument heißt es jedoch, dass bei dem Angriff keine Zivilisten getötet wurden, und die kubanischen Ärzte Assel Herrera und Landy Rodríguez werden nicht ausdrücklich erwähnt.

Der Text, der den wahllosen Einsatz von Kriegsmitteln gegen die Zivilbevölkerung anerkennt, aber keine Klarheit über die Ärzte der Insel bietet, veranlasste Außenminister Bruno Rodríguez Parrilla zu einer Reaktion im sozialen Netzwerk X.

„Die vom US-Sprecher veröffentlichten Informationen sind überraschend und bringen nichts Neues über unsere Landsleute Assel und Landy. Seit April warten wir, ohne Antwort auf Anfragen bekommen zu haben, die Kuba offiziell zu den Angriffen von AFRICOM an einem anderen Ort in Somalia gestellt hat“, schrieb der Außenminister.

Kuba warf den Vereinigten Staaten am 12. April vor, nicht „mit der erforderlichen Ernsthaftigkeit und Dringlichkeit“ auf Havannas Ersuchen um Aufklärung des angeblichen Todes der beiden von Al Shabab in Kenia entführten Ärzte zu reagieren.

Kuba braucht

Herzschrittmacher

Derzeit fehlen etwa 1.500 dieser lebensrettenden Geräte. Fast 100 Patienten sind gezwungen, im Krankenhaus zu bleiben, weil es keine Herzschrittmacher gibt, die es ihnen ermöglichen würden, nach Hause zurückzukehren und sicher zu leben, ohne das Risiko eines Herzinfarkts einzugehen.
Leider weigern sich die meisten Hersteller von Herzschrittmachern, diese nach Kuba zu liefern. Wir haben jedoch ein italienisches Unternehmen ausfindig gemacht, das bereit ist, sie zu erschwinglichen Preisen zu liefern: rund 500 Euro für einen Einkammer-Herzschrittmacher.

Wir bitten um Spenden auf das Konto:
Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba
Stichwort: "Medizinisches Material"
Bank für Sozialwirtschaft,Köln
IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00

Kuba ist weder allein noch isoliert

Die Unterstützung des Kampfes gegen die US-amerikanische Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade mit überbordenden Solidaritätskundgebungen in Städten aller Breitengrade, die weltweite Ablehnung der Aufnahme Kubas in die Liste der Länder, die angeblich den Terrorismus unterstützen, und die tiefgreifende und kohärente Präsidentschaft der Gruppe der 77 und Chinas haben das Ansehen Kubas in seinen Beziehungen zur Welt weiter erhöht

Autor: Redacción Internacional | informacion@granmai.cu

Im Jahr 2023 unterhielt Kuba diplomatische Beziehungen zu 195 Staaten, darunter 190 Vollmitglieder der Vereinten Nationen, fünf weitere (Palästina, die Arabische Demokratische Republik Sahara, die Cook-Inseln, der Heilige Stuhl und Niue) und 197 mit dem Souveränen Malteser Orden, sowie mit der Europäischen Union.

So sehr seine Feinde es auch isolieren wollten, das Prestige seiner Arbeit, par excellence humaine, bestätigt, dass Kuba nicht allein ist. In seiner Mitte empfing es 172 hochrangige Besuche.

„Es hat seine außenpolitischen Ziele vorangebracht und seinen traditionellen Aktivismus und sein Prestige in internationalen und regionalen Organisationen und Foren beibehalten“, veröffentlichte das kubanische Außenministerium auf seiner Website und bezog sich dabei auf die politischen Ergebnisse des vergangenen Jahres.

“Im rechtlichen Bereich haben wir 29 Regierungsabkommen mit der Dominikanischen Republik, Argentinien, Honduras, Serbien, Russland, dem Vereinigten Königreich, Algerien, Namibia, Ruanda, Burundi, Iran, den Vereinigten Arabischen Emiraten, dem Fonds Saudiarabiens , der Französischen Entwicklungsagentur und der Europäischen Union unterzeichnet, die Angelegenheiten betreffen, die für das kubanische Volk und die Entwicklung der Nation von Bedeutung sind“, betonte das Außenministerium.

Die Besuche des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas hatten große Auswirkungen, insbesondere der in New York, wo ihm auf den Straßen Zuneigung und Respekt für Kuba und seine Revolution zum Ausdruck gebracht wurden.

„Die Unterstützung der palästinensischen Sache und des Kampfes für eine gerechtere und gleichberechtigte demokratische Weltordnung, die auf dem Völkerrecht und der souveränen Gleichheit der Staaten beruht“, stellten ein weiteres Beispiel für Kubas Haltung zum Weltfrieden und zum Völkerrecht dar.

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen

Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen,

https://goettingen.dkp.de ★ goettingen@dkp.de

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

Der Kampf um die Meinungsfreiheit an Hochschulen wird härter

Vor dem niedersächsischen Landtag steht das Denkmal für die „Göttinger Sieben“ – einer Gruppe mutiger Professoren aus der damals aufstrebenden Universitätsstadt, die sich stark gemacht hatten für die Freiheit von Lehre und Forschung. Ihr Kampf und der vieler anderer mündete schließlich im Artikel 5 des Grundgesetzes, dessen 3. Absatz lautet: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung. Der zweite Satz ist in den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts mißbraucht worden, um Kommunistinnen und Kommunisten und allen, die mit ihren Ideen auch nur liebäugelten, den Weg auf Anstellungen im Hochschulbereich zu untersagen. In bester Anknüpfung an die Jahrzehnte dieser Gesinnungshatz hat die BILD am 10. Mai auf einer ganzen Seite die „UniversiTÄTER“ gebrandmarkt, die „als Lehrkräfte den Studentenmob“ in ihrem „Israel-Haß an Berliner Uni“ unterstützen würden. Auf zwei Spalten mit zwölf Fotos, vollem Namen und Funktionsangabe wurden die „Lehrkräfte“ an den öffentlichen Pranger gestellt, die den „offenen Brief für Juden-Hass-Demos“ unterschrieben hätten.

Gemeint war: Die sich gegen den Einsatz repressiver Mittel gegen die Aktionen von Studentinnen und Studenten gewendet hatten, die gegen den anhaltenden Völkermord im Gaza-Streifen protestierten und ihre Stimme gegen die völlige Vernichtung buchstäblich aller universitären Einrichtungen durch die dortige Besatzungsmacht erhoben. Die Protestlager der palästinensischen Studierenden und ihrer Unterstützer hatten, wie BILD befriedigt feststellte, „die Leitungen der Berliner Freien Universität und der Humboldt-Uni inzwischen von der Polizei vertreiben lassen“. Filipp Platon, Kommentar des Blattes, reichte das nicht: „Der Rechtsstaat, der diese Lehrkräfte finanziert, muss alle Möglichkeiten prüfen. Wer Gewaltaufrufe gegen Juden deckt, sollte niemals junge Menschen unterrichten.“

Kurz nach diesem medialen Warn-schuss beging die Präsidentin der Technischen Universität Berlin, Geraldine Rauch, den, wie sie es formulierte, „Fehler“, Berichte über das anhaltende Massaker im Gaza-Streifen zu „liken“, also mit einer kurzen Zustimmung zu versehen. Danach ging die analoge und digitale Medienmeute auf sie los. Im Vollzug dieser Stimmungsmache forderte der Akademische Senat der Universität sie mit knapper Mehrheit in einem „Meinungsbild“ zum Rücktritt auf. Sie lehnte zwar ab, muss sich aber auch noch einer Sondersitzung des Kuratoriums der Universität stellen, auf der trotz ihres angeblich „eklatanten Fehlverhaltens“, das der Universität „großen Schaden zugefügt habe“, von einer Amtsenthebung gnädig Abstand genommen wurde.

Aufgefordert durch den CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz meldete allerdings Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) gehorsam Vollzug: Bei der anstehenden Neuordnung des bei ihm angesiedelten „Zukunftsrates“ werde die auch international renommierte Mathematikerin nicht mehr berücksichtigt werden.

Stück für Stück wird so im Pingpong zwischen Medienkonzernen, Staatsführung und polizeilicher Gewalt die grundgesetzlich geschützte Freiheit an den deutschen Hochschulen erdrosselt. Im Grundgesetz ist als einzige Grenze der Freiheit von Wissenschaft und Lehre die „Treue zur Verfassung“ gesetzt. Nun aber wird die von der Regierung deklarierte „Staatsräson Israel“ zur Grenze erhoben, hinter der weder gedacht noch gesprochen oder gar demonstriert oder geliked werden darf. Auf dem Marsch in den Krieg geht damit dieser deutsche Staat noch über die Repressionspraxis der Berufsverbote hinaus. Es wird Zeit, daß die Göttinger Sieben aus Hannover wieder Gestalt in Fleisch und Blut annehmen und für die Freiheit der Universitäten kämpfen.

Mitgliederversammlungen

Dienstag, 16. Juli

Thema: Wahlen in Indien

Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt

GROBIAN
GRONER BÜRGER INITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- Mail: grobian-grone@web.de
- Treffen: Montags, 19.00 Uhr

unser Kooperations- u. Bildungspartner:
VNB
Verein Niedersächsischer BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Die Nebenkostenabrechnungen sind falsch!

Aktuell haben Prüfgemeinschaft, der Verein IN Grone und die Mieterinitiative sich wieder an die Mieter*innen mit einem Flugblatt gewandt um deutlich zu machen, wie es weitergeht und welchen „Hokuspokus“ die LEG betreibt, um ihre 1,5 Mio. Euro hereinzubekommen, die sie noch aus den Nebenkostenabrechnungen herausholen will. Wir dokumentieren hier dieses Flugblatt leicht gekürzt. Übrigens: Inzwischen haben sich über 600 Menschen der Zählgemeinschaft angeschlossen.

Mitglieder der Prüfgemeinschaft beim Stadtteilrundgang der LEG

Liebe Nachbarinnen und Nachbarn in Grone!

Seit wenigen Tagen liegt uns eine Stellungnahme des Dachverbands des Deutschen Mieterbundes vor. Diese befindet, dass die Preisgleitklausel für die Fernwärmelieferungen in den Abrechnungen der LEG über die Kosten der Wärme für das Jahr 2022 unwirksam sei, da ihr kein ausreichender Marktfaktor zugrunde liegt. Die Stellungnahme des DMB sieht zudem einen Verstoß gegen das „Gebot der Wirtschaftlichkeit“ gegeben, da die LEG keinen Widerspruch gegen das Energieunternehmen Enercity erhoben habe.

Selbst der Herr Dr. Wiegel (COO der LEG und zuständig für die LEG in Grone) gab an, keine Ahnung davon gehabt zu haben, was die LEG da eingekauft und übernommen habe. Diese Nachlässigkeit kritisiert übrigens sogar das eigene Gutachten der LEG. Sollte die LEG es versäumt haben gegen die unwirksamen Verträge vorzugehen, können ihr die MieterInnen leider nicht helfen: Die LEG muss den Schaden tragen!

Wir, die Prüfgemeinschaft, die Stadt Göttingen und der Mieterverein warten derzeit noch auf ein weiteres Gutachten von einem Professor für Wirtschaftsrecht aus Hannover. Wenn dieses in unserem Sinne ausfällt, wird die Prüfgemeinschaft zusammen mit dem Mieterverein und der Stadt Göttingen die Heizkostennach-forderungen der LEG gegenüber den MieterInnen komplett zurückweisen.

Zumindest bis zum Erhalt dieses Gutachtens und danach folgenden Gesprächen hat die LEG zugesagt, keine Mahnungen zu verschicken.

Derweil fordert der Prüfausschuss weiterhin alle Belege für sämtliche Betriebskostenpositionen an und wird diese prüfen. Die Prüfgemeinschaft wächst zudem täglich weiter, wir sind jetzt bereits weit über 600 MieterInnen. Und nur wenige MieterInnen haben bisher bezahlt; gerade einmal 5% der offenen Gelder sollen bei der LEG eingegangen sein. Also bleiben Sie stark!

Jetzt erst recht!

IN Grone

GRONER MIETERINITIATIVE

Es gilt weiterhin:

- Werden Sie Mitglied der Prüfgemeinschaft, um sich vor den Forderungen zu schützen! Sie können jederzeit im Nachbarschaftszentrum der Prüfgemeinschaft beitreten. Bringen Sie dazu ihre Rechnungen mit!
- Sie sind bereits Mitglied der Prüfgemeinschaft? Dann lassen Sie uns lediglich Ihre neue Rechnung zukommen! Diese können sie jederzeit im Nachbarschaftszentrum einscannen lassen oder uns in guter Qualität digital an die Email-Adresse in-grone@web.de senden!
- Zahlen Sie die hohen Forderungen nicht, solange bis der Prüfausschuss, der Mieterverein und die Stadtverwaltung die Rechnungen als juristisch stimmig befinden!
- Lassen Sie sich nicht auf Ratenzahlungen mit der LEG ein, da Sie damit die Rechnungen anerkennen. Zahlen Sie weiter ordentlich Ihre alte Miete!

Wohin könne Sie sich wenden, wenn sie Fragen haben?

- Mittwochs 16.00 bis 18.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum
- Per Mail an: in-grone@web.de
- Per Mietertelefon: 0177 8725298
- https://in-grone.de
- WhatsApp-Gruppe „Schönes Grone“ (SMS ans Mietertelefon)

Bitte informieren Sie uns, wenn Sie weitere Post von der LEG erhalten.

Linke für Vernunft und Gerechtigkeit

im Kreistag Göttingen

Kreistagssitzung am 29. Mai 2024

Die Kreistagssitzung am 29. Mai bot eine wichtige Personalentscheidung, einige interfraktionelle Resolutionen, eine wichtige Entscheidung zur Schulsituation in Münden und eine hitzige Debatte um die Windenergie.

Zunächst wurde die Amtszeit der Kreisrätin Marlies Dornieden (CDU), die zuständig insbesondere für den Bereich Finanzen und Hartz IV ist, um acht weitere Jahre verlängert. Diese Entscheidung erfolgte einstimmig bei unseren Enthaltungen. Wir haben inhaltliche Kritik insbesondere an der Umsetzung des SGB II (Hartz IV), eine Ablehnung erschien uns aber aufgrund der Kompetenz der Dezernentin im Finanzbereich und ihrer in diesem Bereich umfassenden Informationspolitik nicht angemessen.
Wie vom Gesetzgeber vorgesehen, muss der Landkreis Göttingen Flächen für die Windenergie ausweisen, um das Flächenziel von 1,14% aus dem Gesetz zu erfüllen und die Energiewende zu beschleunigen. Der Landkreis Göttingen hat so den Entwurf für einen Teilplan Windenergie der Regionalen Raumordnungsplanung erarbeitet, auch um den Beteiligungsprozess starten zu können. Hierbei geht es zunächst nur darum, Vorranggebiete auszuweisen, ohne dass dies schon bedeutet, dass in allen ausgewiesenen Bereichen auch tatsächlich Windkraftanlagen errichtet werden. Eine endgültige Entscheidung ist dies noch nicht, diese wird dann voraussichtlich im November nach Auswertung der Einwendungen fallen.
Grundsätzlich stimmte die große Mehrheit inklusive unserer Fraktion dieser Planung zu. Jedoch opponierten FDP, Freie Wähler und ein kleiner Teil der CDU, von denen die Meisten direkt durch die Planungen betroffen waren. Trotz dieser Mehrheit war die Aufregung recht groß und setzte sich in der anschließenden Bürgerfragestunde dann fort, als vermeintlich betroffene Bürger mit scharfer Zunge ihre Bedenken vortrugen. Diese Bedenken wurden von der Mehrheitsgruppe zurückgewiesen, was zu weiterer Aufregung führte. Die weiteren Planungen werden von starkem Widerstand begleitet werden. Eine positive Haltung zur Energiewende hängt in erster Linie davon ab, ob die erforderlichen Maßnahmen vor der eigenen Haustür stattfinden oder anderswo.
Ein weiterer wichtiger Tagesordnungspunkt betraf die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes, bei der insbesondere ein Handlungsbedarf im Raum Hann. Münden (einschl. Samtgemeinde Dransfeld und Gemeinde Staufenberg) gesehen wird. Bisher gibt es in Hann. Münden neben dem Grotefend-Gymnasium zwei Realschulen und eine Hauptschule, die allerdings rückläufige Schülerzahlen aufweisen. Einstimmig beschlossen wurde eine Elternbefragung im Altkreis Münden, um die Präferenzen bezüglich des Schulortes und der Schulform zu ermitteln.
Eckhard Fascher forderte für die Fraktion Linke für Vernunft und Gerechtigkeit die Einrichtung einer IGS in Münden, da es es im westlichen Teil des Landkreises bisher kaum möglich sei, eine Gesamtschule zu besuchen. Ähnliche Probleme sieht er auch für Duderstadt, wo es kein Angebot mehr für leistungsschwächere Schüler gibt.

Natürlich gab es hierzu wieder Kritik von der CDU, die es als wissenschaftlich erwiesen darstellte, dass das pädagogische Konzept integrierter Gesamtschulen als quasi gescheitert anzusehen sei. Der Bildungserfolg hänge immer noch in erster Linie von der sozialen Herkunft ab, nicht von pädagogischen Konzepten. Fraglich bleibt, ob die CDU vor diesem Hintergrund eine Politik anstrebt, die zu mehr sozialer mmm

Kontakt
Linke für Vernunft und Gerechtigkeit im Kreistag Göttingen
Kreistag, Zimmer 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel. 0551/525 - 2108
dielinke@landkreisgoettingen.de
www.wastun-goettingen.de
Sprechzeiten: Montag 10 bis 12 Uhr
+ Donnertag 14 bis 15.30 Uhr

Gleichheit führt, denn dies wäre ja die logische Folge aus ihren eigenen Erkenntnissen.

Schließlich wurden noch einstimmig zwei interfraktionelle Resolutionen beschlossen, an denen auch unsere Fraktion beteiligt ist. Im ersten Antrag ging es darum, den Standort des Rettungshubschraubers an der UMG zu erhalten. In der aktuellen Bauplanung des Neubaus an der UMG sind derzeit nur zwei Landeplätze für einen Rettungshubschrauber und einen Verlegungshubschrauber eingeplant. Der Bau eines neuen Hangars ist derzeit nicht vorgesehen. Die Landespolitik wird aufgefordert, alle notwendigen zusätzlichen Finanzmittel bereitzustellen, um den lebensrettenden und für unsere Region Südniedersachsen sinnvollen vollständigen Luftrettungsstandort an der UMG zu erhalten.

Im zweiten Antrag fordert der Kreistag den Bundesgesetzgeber auf, sichere rechtliche Rahmenbedingungen für die freiberuflichen Lehrkräfte an kommunalen Volkshochschulen und Musikschulen zu schaffen. Daneben wird das Land Niedersachsen aufgefordert, dieses Ziel auch über eine Bundesratsinitiative voranzutreiben.

Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke

Spendenkonto:
IBAN: DE75 5209 0000 0041 1265 07

Kommunalpolitischer Arbeitskreis zur Situation in der Groner Landstr. 9

Über den martialischen Polizeieinsatz in der Groner Landstr 9, a-b am 09.04.2024 wurde bereits vielfach berichtet und es gab auch eine eindeutige Stellungnahme der Ratsfraktion der Göttinger Linken dazu, nachzulesen in der Mai-Ausgabe der Göttinger Blätter, S. 7 sowie auf der Homepage.

Am 22.05. nun beschäftigte sich der kommunalpolitische Arbeitskreis mit dem Thema. Dabei wurde die Komplexität der sogenannten prekären Immobilie wieder einmal sehr deutlich. Die 432 Wohneinheiten sind zum großen Teil im Besitz der Gänseliesel GmbH, die Konkurs angemeldet hat. Deren Hausverwaltung kümmert sich nun um gar nichts mehr, wo schon vorher wenig passierte an Service. Der Hausstrom wird nicht mehr bezahlt. Die Stadt greift ein, aber die Kommunikation mit der vorläufigen Konkursverwaltung funktioniert nicht, so berichtete Jost Leßmann aus der Ratsarbeit.
Neben der Immobiliengesellschaft gibt es zahlreiche andere Eigentümer*innen, die weitervermieten oder selbst in ihren Wohnungen leben. Die Lebensbedingungen sind bekannt: u.a. Vermüllung, Ungeziefer befall, Überbelegung der 1-2 Zimmer-Appartements mit Familien und Kindern, hauptsächlich aus Balkanländern. Letztere wie auch gesellschaftlich ausgegrenzte Einzelpersonen haben auf dem überteuerten Wohnungsmarkt mit absoluten Sozialbaumangel keine Chance auf menschenwürdigen Wohnraum.

Mit einem brachialen Polizeieinsatz nebst Begehung durch die Stadtverwaltung wollte man nun mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen: Einerseits Diebesgut sowie andere Illegalität aufspüren. Andererseits wollte das Ordnungsamt die Belegung überprüfen und der Fachbereich Soziales war auch involviert. Dafür bat man um Amtshilfe durch die Polizei. Angeblich habe es stadtseitig keinen Einfluss auf die Art des Vorgehens gehabt. Dabei hätte man von Anfang an die polizeiliche Maßnahme von der Begehung durch die Ämter trennen müssen, so der Konsens des kommunalpolitischen Arbeitskreises. Wenn man die Probleme der Bewohner*innen lösen will, muss Vertrauen aufgebaut werden, statt mit Gewalt vorzugehen. Dass die Oberbürgermeisterin Petra Broistedt hier keinerlei Kritik zulässt, geschweige denn zur Selbstkritik fähig ist, ist hinlänglich bekannt. Dieser Mangel an Fehlerkultur wirkt durch die gesamten Verwaltungsstrukturen.

Dabei beschäftigen sich Verwaltung und Politik schon seit geraumer Zeit mit den sogenannten prekären Immobilien. Im Jugendhilfeausschuss haben gerade die Vertreterinnen der Göttinger Linken immer wieder auf die unhaltbare Situation der Kinder in der Groner Landstraße hingewiesen, die dringend Angebote und Betreuung außerhalb der verwahrlosten Wohnumgebung benötigen. Gerade wird am Gartetalbahnhof ein Familienzentrum gebaut, immerhin.

Im Sozialausschuss wurde bereits 2021 die „Strategie der Stadt Göttingen im Umgang mit prekären Wohnimmobilien“ vorgelegt. Demnach finden seit 2020 regelmäßige Abstimmungstreffen unterschiedlicher Ämter statt, um Problemlösungen zu finden. Eine „Task Force“ wurde eingerichtet, weil man erkannt hat, dass die Multiproblemlagen der prekären Wohnkomplexe es erfordern, verschiedene Organisationsbereiche einzubeziehen. Klingt gut, doch wie werden diese guten Ansätze umgesetzt? Oder ist das Strategiepapier in der Schublade verschwunden?

Bei unserem Treffen am 22.05. kam schließlich die Frage auf, was wir als Göttinger Linke tun können, um zur Verbesserung der Situation in der Groner Landstraße beizutragen. Best Practise – Beispiele aus anderen Städten sind heranzu-ziehen. Zum Beispiel hat die Stadt Hannover einen „Problemimmobilie“ aufgekauft. So wie es im Hagenweg 20 ja auch möglich ist. Vorallem müssen Lösungen mit Bewohn-er*innen gefunden werden und nicht gegen sie. Schlussendlich braucht es dafür Kontakt zur Mieterschaft und zu den Aktiven, die sich schon seit langem für diese engagieren, so z.B. der Verein Jugendhilfe e.V. Diesen Kontakt sollte die Göttinger Linke aufnehmen.

Kontakte:

Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:
Dr. Eckhard Fascher, Sylke Jarosch, Jost Leßmann, Bärbel Safieh, Christa Siebecke, Dr. Gülsan Yalçin

Schatzmeister:
Gunnar Siebecke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Gruppe Grone:
grone@goettinger-linke.de
Gruppe Gleichen:
gleichen@goettinger-linke.de

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen
Neues Rathaus, Zi. 403 (4. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:
Di: 10:00 - 12:00 Uhr
Mi: 13:00 - 16:30 Uhr
Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:
Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

Mandatsträger*innen:
Nornia Marcienkiwicz
Jost Lessmann (Fraktionsvorsitzender),
Torsten Wucherpfennig

Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke

GÖTTINGER BLÄTTER

Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Ratsinfo

im Juli 24 aktuell

Halbzeitbilanz - Antworten auf eine Anfrage des Göttinger Tageblatts

Was kann Ihre Fraktion in der ersten Hälfte der Wahlperiode als Erfolg verbuchen?
Als Erfolge verbuchen wir die mittlerweile lange geplante Sanierung des Otfried-Müller-Hauses, vorbehaltlich der ausstehenden Finanzierung im Haushalt 25/26, den erfolgreichen Antrag Mensa für Alle, auch wenn die Umsetzung letztendlich nicht genug angenommen wurde, die geplanten öffentlichen Toiletten am Waageplatz und an anderen Stellen der Innenstadt sowie die Göttinger Patenschaft für das Seenot-Rettungsschiff "Ocean Viking"

Was haben Sie aus ihrem Wahlprogramm bereits umgesetzt?
Wir waren daran beteiligt bzw. haben uns dafür eingesetzt, dass bezahlbarer Wohnraum weiterhin ein Thema bleibt und Konzerne wie Adler und LEG in Göttingen Gegenwind bekommen, dass nicht weiter städt. Gebäude verkauft werden (z.B. die ehem. JVA) und dass die Verkehrswende gelingt, indem wir uns z.B. für die Stärkung und Kostenfreiheit des ÖPNV einsetzen.

Was haben sie nicht umsetzen können?
Wir haben bisher nicht umsetzen können, dass der ÖPNV günstiger bzw. kostenlos wird, dass der Wohnungsbau beim bezahlbaren Wohnraum bei weitem nicht in ausreichendem Maße vorangetrieben wurde und dass ein ständiger Kulturrat aus Kulturschaffenden, Verwaltung und Politik entsteht.

Was wollen Sie in den verbleibenden zweieinhalb Jahre noch umsetzen?
Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass der ÖPNV günstiger und möglichst kostenlos wird, dass mehr bezahlbarer bzw. sozialer Wohnungsbau betrieben wird und dass die Unterstützung für möglichst alle sozialen und kulturellen Einrichtungen im Haushalt 25/26 gelingt.

Wie beurteilen Sie die Arbeit im Rat der Stadt insgesamt?
Insgesamt positiv. Unsere Beiträge und Anträge werden in den Fachausschüssen und im Rat respektiert, auch wenn natürlich längst nicht alles beschlossen wird, was wir fordern. Gleichwohl ist es nicht leicht, mit einer kleinen Fraktion alle Ausschüsse und Themen zu besetzen bzw. zu bedienen.

Kontaktdaten
Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Oliver Preuß
Tim Schlaf

Öffnungszeiten des Büros:
Di: 10:00 - 12:00 Uhr
Mi: 13:00 - 16:30 Uhr
Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:
Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

Statement zur Auszählung der Stimmen zum Radentscheid

Der Fraktionsvorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der Göttinger Linke Ratsfraktion, Jost Leßmann, kommentiert den positiven Ausgang des Radentscheides I wie folgt:

"Göttingen hat entschieden, nun müssen Politik und Verwaltung in den nächsten Jahren das Beste aus den Vorgaben des Radentscheides für die Radinfrastruktur machen. Wir werden im kommenden Doppelhaushalt sowie bei allen Folgenden darauf achten, dass dies nicht zulasten sozialer Einrichtungen oder sog. Freiwilliger Leistungen geht, dass Vereine, Kultur- und Sporteinrichtungen auch zukünftig die Unterstützung der Stadt bekommen, die sie benötigen. Für uns gilt auch weiterhin, dass wir eine ganzheitliche Verkehrspolitik anstreben, die sowohl den Ausbau der Radwege als auch die Stärkung des ÖPNVs umfasst. Langfristig werden wir uns dafür einsetzen, dass der öffentliche Nahverkehr in der Stadt kostenfrei zur Verfügung gestellt wird, damit Klima-schutzmaßnahmen von allen Göttingerinnen und Göttingern praktisch um-setzbar sind“.

Juzi wird weiter gefördert

Das Jugendzentrum Innenstadt, besser bekannt als Juzi, feiert nächstes Jahr sein 45-jähriges Bestehen. Es wurde in seiner Geschichte oft aus konservativen Kreisen kritisiert, so auch in der Ratssitzung am 14.6.

Thorben Siepmann von der FDP präsentierte dort die Anregung einer anonymen Bürger*in, die forderte, alle Förderungen des Juzi einstellen und das Gebäude räumen zu lassen, da das Juzi angeblich seit Jahrzehnten die Jugend im Sinne der extremistischen autonomen Antifa beeinflusse und staatsfeindliche Bestrebungen fördere.

Die Verwaltung schlug vor, die Zuschüsse nicht zu streichen und das Juzi nicht zu räumen und begründete das damit, dass es ein selbstverwaltetes Jugendzentrum sei, das allen Jugendlichen offenstehe und vielfältige Freizeitmöglichkeiten biete.

Das Zentrum fördert eigenverantwortliches Handeln und Beteiligung der Jugendlichen an nahezu allen Prozessen und ist das einzige, das Jugendliche unterschiedlicher Milieus anspricht. Politische Meinungen werden an vielen Orten, so auch im Juzi gezeigt, aber von einer gezielten extremistischen Indoktrinierung kann keine Rede sein. Das Juzi beteiligt sich seit Jahren kooperativ an der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Göttingen, die seit 2012 im Rahmenkonzept gemeinsam von allen im Rat vertretenen Parteien entwickelt wurde. Die Mittel für Jugendzentren in freier Trägerschaft werden rechtskonform verwendet und müssten zurückgezahlt werden, wenn sie nicht zweckentsprechend genutzt würden.

30 Ratsmitglieder stimmten dem Verwaltungsvorschlag zu, während sich 14 aus FDP und CDU enthielten. Die Zuschüsse werden also weiterhin fließen und das ist auch gut so.